

NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz am 30.01.2006

Spiegelsaal Haus Opherdicke

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Martin Wiggermann
Brunhilde Weinhold
Dieter Drescher
Detlef Schwerdt
Jörg Sieger
Leo Klempert
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsgen
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Andrea Hosang
Regina Müller-Hinz
Annelies Schwarzer
Christina Zubrytzki

sachkundige Bürger

Burkhard Elsner
Wolfgang Riekenbrauck
Ute Gössing
Rita Schröder

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Jana Müller-Simdorn

Von der Verwaltung:

Gäste und Zuhörer/innen:

Herr Hahn, Dez. V
Herr Merfels, L FB 53

Frau Kronenberg, PK

Frau Falkowski, PR

Frau Waßen, Schriftführerin

Frau Streich, KTA (bis 16.30 Uhr)

Herr Erdmann, Geschäftsführer der
SPD-Kreistagsfraktion

Herr Weyand, Geschäftsführer der
FDP-Kreistagsfraktion

interessierte Bürgerinnen und Bürger

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Hinweis von Frau Hosang, sie vermisste auf der Tagesordnung die nach dem Protokoll der vorherigen Sitzung vorgesehenen Informationen zum Suchhilfeplan und zum Ergebnis des Tierheim-Markterkundungsverfahrens, erklärt Herr Hahn, dass er zu beiden Themen unter dem Tagesordnungspunkt 3 - Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen - berichten werde.

Frau Hosang regt an, in solchen Fällen das Thema künftig dezidiert in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung aufzunehmen. Sie bittet um Aufnahme dieser Anregung in die Niederschrift.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen ergeben sich nicht, so dass nach folgender

T a g e s o r d n u n g

beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

006/06
Produktorientierter Haushalt des FB 53 für das Haushaltsjahr 2006

Punkt 2

004/06
Kooperations-Vertrag Sport zwischen dem Kreis Sport Bund e. V. und dem Kreis Unna

Punkt 3

Mitteilung der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil :

Punkt 4

005/06
Gesundheitshaus Lünen

Punkt 5

Mitteilung der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

006/06
Produktorientierter Haushalt des FB 53 für das Haushaltsjahr 2006

Erörterung:

Frau Hosang beantragt, den Beschlussvorschlag in der Sitzungsvorlage Nr. 006/06 dahingehend zu ändern, dass der Ausschuss dem Haushaltsentwurf des FB 53 nicht zustimme sondern diesen lediglich zur Kenntnis nehme. Eine entsprechende Regelung sei seinerzeit im Ältestenrat vereinbart worden. Außerdem habe die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihre Haushaltsberatungen noch nicht durchgeführt.

Frau Kiel unterstützt für die CDU-Fraktion diesen Antrag, da die Haushaltsberatungen ebenfalls noch nicht erfolgt seien. Der Antrag wird mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Herr Hahn erläutert die Vorlage und weist ergänzend darauf hin, dass es aufgrund des noch nicht vorliegenden Entwurfes des Landeshaushaltes für den produktorientierten Haushalt des Fachbereichs 53 einige Unsicherheiten gebe. Dies gelte von der Suchhilfe-planung bis hin zur Schwangerschaftskonfliktberatung, da auf Landesebene erhebliche Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen vorgesehen seien. Herr Hahn beantwortet sodann die Nachfragen einiger Ausschussmitglieder.

Punkt 2

004/06
Kooperations-Vertrag Sport zwischen dem Kreis Sport Bund e. V. und dem Kreis Unna

Erörterung:

Frau Becke weist darauf hin, dass wegen der nun angedachten Vertragslaufzeit bis Ende 2007 mit entsprechender Verlängerungsoption Einsparmöglichkeiten, die im Rahmen der Aufgabenkritik erkennbar würden, relativ zeitnah in einem neuen oder geänderten Vertrag umsetzen zu können.

Frau Kiel und Frau Hosang erinnern an die noch ausstehenden Haushaltsberatungen ihrer jeweiligen Fraktion und bitten aus diesem Grunde, die Vorlage Nr. 004/06 ohne Abstimmung zur Kenntnis zu nehmen und an Kreisausschuss und Kreistag zu verweisen. Dieser Anregung wird durch den Ausschuss gefolgt.

Punkt 3

Mitteilung der Verwaltung und Anfragen

1. Tierheim

Herr Hahn berichtet, dass sich im Rahmen des Markterkundungsverfahrens drei Privatpersonen als Interessenten gezeigt hätten. Nach Abschluss dieses Verfahrens habe eine erste Wertung zu dem Ergebnis geführt, dass die Interessenten nicht die in den Rahmenbedingungen festgesetzten Erfahrungen für den Betrieb des Tierheims nachweisen könnten. Da es sich beim Betrieb eines Tierheims nicht um eine Kreis Aufgabe handle, sei seinerzeit eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Städte Bergkamen und Selm sowie der Gemeinde Holzwickede eingerichtet worden, die am 9. Januar getagt habe. Der Vertreter der Stadt Lünen habe an diesem Termin nicht teilnehmen können. In diesem Gespräch sei von den anwesenden Kommunen – dies anschließend auch abgesichert durch die dortigen Bürgermeister - die Auffassung vertreten worden, das Tierheim nicht in private Trägerschaft zu geben. So habe beispielsweise die Stadt Bergkamen dem Kreistierheim eine äußerst professionelle Arbeit bescheinigt, die durch einen Verein oder ehrenamtliche Kräfte über einen längeren Zeitraum nicht gewährleistet werden könne. Heute morgen, so Herr Hahn, habe er die Bürgermeisterkonferenz über dieses Votum informiert und um Mitteilung gebeten, wie sich der Kreis weiter verhalten solle. Die Bürgermeister vertraten die einstimmige Auffassung, das Tierheim nicht in eine private Trägerschaft zu geben. Als Konsequenz hieraus werde von der Kreisverwaltung nunmehr versucht, das Tierheim im Interesse des Tierschutzes aber auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder in ein „ruhiges Fahrwasser“ zu lenken.

2. Suchthilfeplanung

Herr Hahn weist auf die Probleme hin, den Rohentwurf des Suchthilfeplanes in die politische Beratung zu geben. Er bittet diesbezüglich um Verständnis, da die Abstimmungsgespräche mit den Trägern mit Blick auf die Wertung der einzelnen Suchthilfeberatungsaufgaben auf Kreisebene

noch nicht abgeschlossen seien. Er habe heute eine erste Information in der Bürgermeisterkonferenz gegeben mit dem Hinweis, dass eine intensive Diskussion des Planes in der Lenkungsgruppe Sucht, in der alle betroffenen Träger der Suchtberatungsstellen im Kreis Unna vertreten seien, in der nächsten Sitzung am 13. Februar erfolgen werde. Am 2. März werde es zu diesem Thema zudem eine erste, aber nicht abschließende Diskussion in der Sozialdezernentenkonferenz geben. Dies geschehe insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Stadt Schwerte der ADU gekündigt habe, und die anderen an der ADU beteiligten Kommunen nunmehr Klärungsbedarf in dieser Angelegenheit hätten. Ziel sei es, so Herr Hahn, eine Lösung zu finden, die alle zehn Kommunen mittragen könnten.

Im ersten Rohentwurf, der eine bedarfsgerechte Suchthilfeplanung zum Ziel habe, seien die Leistungsbeschreibungen aller Träger, die Aufgabenstellungen und Ziele, die Arbeitskonzeptionen, die Beschreibung der Zielgruppen und auch die Rahmenbedingungen für die räumliche und zeitliche Erreichbarkeit der Beratungsstellen enthalten. Dies gehe sogar bis hin zur Prüfung, ob in Kommunen ohne Beratungsstelle Sprechstunden angeboten werden könnten. Die Verwaltung habe, so Herr Hahn, eine Finanz- und Personalkostenübersicht von jedem Träger erhalten. Derzeit sei man mit den Trägern in der Bewertungsphase für den gesamten Aufgabenbereich. Es gebe einen hohen Pflichtaufgabenbereich, der mit rund 50 Prozent zu beziffern sei. Zwischen 20 und 30 Prozent liege der Anteil aus dem Bereich SGB II/Hartz IV, aber auch im Jugendhilfebereich sei von ca. 20 Prozent auszugehen. Nach ersten Vorüberlegungen sei eine möglicherweise stärkere Ausformulierung des Jugendhilfebereiches unter Beteiligung der Jugendämter angedacht. Auch sei eine entsprechende Berücksichtigung ordnungsrechtlicher Aspekte – Stichwort Kontaktladen - vorgesehen. Herr Hahn weist darauf hin, dass derzeit über 50 Prozent der Trägeranteile vom Kreis gezahlt würden. Fraglich sei, wie mit möglicherweise ausfallenden Landesmitteln umgegangen werden könne. Sicher sei nur, dass der Kreis diese wegbrechenden Gelder aufgrund der aktuellen Haushaltssituation nicht auffangen könne. Nach Abschluss der Träger- und Sozialdezernentengespräche werde man in der nächsten oder übernächsten Ausschusssitzung entsprechende schriftliche Informationen vorlegen, die der Politik als Basis für ihre Beratung dienen könnten.

Auf Nachfrage von Frau Hosang erklärt Herr Hahn, dass er einen Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung verbindlich zusagen könne. Eine schriftliche Vorlage könne er aufgrund des noch ausstehenden Entwurfs des Landeshaushaltes und den damit verbundenen Konsequenzen für den Suchthilfeplan allerdings zum jetzigen Zeitpunkt nicht versprechen.

3. Zentrum für Patientenberatung

Herr Hahn teilt mit, dass am 11. Februar um 11.00 Uhr das Zentrum für Patientenberatung im Gesundheitsamt Unna eröffnet werde. Die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Verbrau-

cherschutz seien zu dieser Eröffnung herzlich eingeladen.

4. Vogelgrippe

Auf Anfrage von Herrn Wiggermann erklärt Herr Merfels, dass man sich beim Kreis Unna derzeit intensiv auf den möglichen Ausbruch der Vogelgrippe vorbereite. Das Spezielle an dieser Seuche sei, dass sie wahrscheinlich über die Kreisgrenzen hinausgehen würde und der Kreis sie allein nicht bewältigen könne. Ein weiteres Problem liege darin, dass es sich nicht um eine reine Tierseuche handele, sondern sie vielmehr auch auf den Menschen übergehen könne. Konkret habe man die regelmäßig wiederkehrenden Maßnahmen wie eine Aktualisierung des Alarmplanes oder die vorsorgliche Grippeimpfung der möglichen Einsatzkräfte durchgeführt. Speziell zum Thema Vogelgrippe habe man beispielsweise mit der Feuerwehr Gespräche wegen möglicher Hilfestellungen geführt. Es gebe auch kontinuierliche Kontakte zu landwirtschaftlichen Verbänden und Geflügelhaltern. Man habe bereits fachbereichsinterne Übungen aber auch solche mit anderen Kreisen bzw. der Bezirksregierung durchgeführt und hierfür die vorhandene Ausrüstung entsprechend ergänzt. Zudem seien die notwendigen Vorräte an Medikamenten für die Tierärzte sowie das Hilfspersonal inzwischen vorrätig. Die Kreissporthalle sei als Bekämpfungszentrum ausgewählt worden und werde mit allem Notwendigen, insbesondere der entsprechenden EDV ausgestattet. Letztlich habe man mit anderen Kreisen aus Ostwestfalen-Lippe bereits Kooperationsverträge vorbereitet, um im Notfall entsprechend dort Unterstützung zu leisten bzw. Unterstützung der dortigen Behörden zu erhalten.

5. Fleischskandal

Auf Anfrage von Frau Kiel teilt Herr Merfels mit, dass der Kreis Unna von den durch die Presse gegangenen Lieferungen an verdorbenem Fleisch bisher verschont geblieben sei. Im Zuge des Fleischskandals seien durch den Fachbereich sämtliche Kühlhäuser einschließlich der entsprechenden Lieferscheine geprüft worden. Hierbei seien keine Auffälligkeiten festgestellt worden. Auch Wildfleisch werde derzeit stichprobenhaft untersucht, auch diese Untersuchungen seien bisher ohne Befund gewesen.

Nicht öffentlicher Teil :

Punkt 4

Punkt 5

Mitteilung der Verwaltung und Anfragen